

1879-2004

125 Jahre

SP Bern-Nord



Vorwort

Ein grosses Jubiläum einer politischen Partei wie der 125. Geburtstag der SP Bern-Nord bringt es immer auch mit sich, dass man einen Blick zurück wagt und schaut woher man kommt, wo man steht und wohin man gehen möchte. Die SP Bern-Nord ist in diesem Jubiläumsjahr mit verschiedenen Aktionen an die Öffentlichkeit getreten und hat gezeigt, wo die Partei steht und was sie erreichen will. Diese Festschrift soll bruchstückhaft Einblick gewähren, wo die Wurzeln der SP Bern-Nord liegen. Der Blick zurück zeigt, dass die heutige Gesellschaft in vielen Fragen nicht unseren Idealvorstellungen entspricht. Gleichzeitig zeigt er aber, dass wichtige Grundanliegen der Sozialdemokratie dank stetem, hartnäckigem Einsatz der Genossinnen und Genossen in der Schweiz verankert werden konnten. Dies soll uns Mut machen, die erzielten Fortschritte gegen Angriffe der Bürgerlichen zu verteidigen und mit grossem Einsatz an der Umsetzung unserer Ideale weiter zu wirken. Die Festschrift zeigt es: Unser Einsatz ist nie vergeblich und wirkungslos, selbst wenn wir manchmal das Gefühl haben, unsere Anliegen liessen sich nicht durchsetzen.

Der Vorstand der SP Bern-Nord, im Oktober 2004

Einleitung

Diese Festschrift stützt sich in erster Linie auf die Archivbestände der SP Bern-Nord im Stadtarchiv Bern. Darunter befinden sich vor allem Protokolle von Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen, daneben existieren aber auch Einladungen zu speziellen Veranstaltungen, vereinzelt Jahresberichte, Briefe, Berichte und Festschriften. Da das Material keineswegs vollständig ist, dienen Gespräche mit Zeitzeugen als Ergänzungen. Den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit kann und will die Festschrift nicht erfüllen. Sie soll lediglich einen selektiven Einblick in die Geschichte der SP Bern-Nord und deren wichtigste Stationen geben. Anekdoten sowie Ereignisse, die zum Schmunzeln anregen, sollen für ein vergnügliches Lesen sorgen.

Bern, Oktober 2004

Mirjam Künzler

Aufbau und Festigung: 1879-1929

1844 wird die erste Sektion des Grütlivereins in der Stadt Bern gegründet. Der 1838 in Genf entstandene Verein gehört zu den hauptsächlichen Trägern der frühen Arbeiterbewegung und er setzt sich zum Ziel, die Lage der Arbeiterschaft durch die Unterstützung ihrer Bildung zu verbessern. Die Berner Arbeiterbewegung ist zunächst nicht international ausgerichtet. Erst 1867 entsteht als Sektion der von Karl Marx und Friedrich Engels in London geschaffenen Ersten Internationalen ein Arbeiterverein. Im folgenden Jahr beschliesst eine tausendköpfige Arbeiterversammlung in der Kavalleriekaserne, zur Förderung der gemeinsamen Interessen den Arbeiterverein mit dem Grütliverein, dem Deutschen Arbeiterbildungsverein und einigen Gewerkschaften zur Allgemeinen Arbeitergesellschaft Bern zu vereinigen. Deren Ausrichtung ist sozialreformerisch und entspricht freisinnigen Vorstellungen.¹

Bern ist zu dieser Zeit noch eine kleine Stadt von rund 45 000 Einwohnern. Das Gebiet zwischen Lorrainestrasse, Nordring und Matte gilt als Quartier der ausgesprochen armen Menschen. Im Zuge der zunehmenden Organisation der Arbeiter finden sich 1879 in der Lorraine einige Männer zusammen und heben den Arbeiterverein Lorraine aus der Taufe. Nahezu alle «kleinen» Leute, die im alten Quartierhof wohnen, der 1862 gebaut wurde, gehören zum Stammgebiet der neuen Mitgliedschaft. Die Mitgliederzahl dürfte zu Beginn zwischen 10 und 15 Personen liegen. «Die ersten drei Jahre seiner Existenz muss der Arbeiterverein Lorraine seine Tätigkeit mehr im Rahmen des allgemeinen Arbeitervereins der Stadt Bern ausgeübt haben», schreibt Fritz Minnig, Präsident der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier von 1923 bis 1937, in seiner Rede zum 50-jährigen Jubiläum der Sektion.²

Viel mehr ist nicht zu erfahren. Nur so viel: Am 21. August 1882 legt ein provisorischer Vorstand der Versammlung einen Statuten-Entwurf vor. Der erste Artikel lautet: «Als Sektion des Allgemeinen Arbeitervereins organisieren sich die einzelnen Arbeiter der Lorraine und Umgebung zur Wahrung und Förderung ihrer Ehre und Interessen zu einem Verein unter dem Namen «Arbeiterverein Lorraine».³ Das Eintrittsgeld beträgt 30 Rappen, der Monatsbeitrag 20 Rappen. Voller Stolz bemerkt Präsident Minnig, dass zu jener Zeit neben dem Arbeiterverein Lorraine und dem allgemeinen Arbeiterverein der Stadt Bern nur noch der Arbeiterverein Linde existiert: «Jedenfalls darf sich unsere Mitgliedschaft als älteste selbstständige proletarische Quartier-Organisation betrachten.»⁴ Eine mächtige Stütze ist dem Verein der damalige Redaktor der «Berner Tagwacht», Karl Moor. Fast an jeder Versammlung hält er ein Referat und – so Minnig –

«immer wieder wird in den Vereinsberichten sein klarer, verständlicher und instruktiver Vortrag lobend erwähnt». ⁵

Die Entwicklung der Quartierorganisation verläuft in den ersten Jahren ausserordentlich langsam. Oftmals steht sie vor der Auflösung. So wird am 26. Oktober 1885 erstmals der Antrag gestellt, den Arbeiterverein aufzuheben, weil zu wenig Interesse vorhanden und die Sitzungen zu spärlich besucht seien. Doch vier unentwegte Genossen ermuntern zum Ausharren. Am 12. April 1886 erscheinen zur Versammlung allerdings nur der Kassier, der Sekretär und der Bibliothekar. ⁶ Doch nach der Fusion mit dem inzwischen ins Leben gerufenen sozialistischen Quartierverein Lorraine-Breitenrain-Wyler im Jahr 1897 gehts allmählich aufwärts. Der neu entstandene Verein heisst nun: «Arbeiterverein Lorraine-Breitenrain-Wyler» und zählt 105 Mitglieder. ⁷ Die Versammlungen finden in verschiedenen Lokalen statt: dem Café Wylereg ⁸, dem Café zur Eintracht ⁹, dem Café Salvisberg oder dem Café Badertscher. ¹⁰

Da dem jungen Arbeiterverein politisch kein grosses Tätigkeitsfeld offen steht, befasst er sich vor allem mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Dem Genossenschaftswesen wird das grösste Interesse entgegengebracht. So ist der Verein 1890 an der Gründung der Genossenschaftsbäckerei beteiligt, ebenso steht er dem ersten Konsumverein «Vorwärts» zur Seite. Gefördert werden auch die Schaffung eines Baufonds zur Erstellung eines Arbeiterheims, die Suppenabgabe an die Mitglieder des Vereins und der Fachvereine, die Einführung einer Sterbekasse sowie Weihnachtsfeiern mit Kinderbescherung. Artikel 3 der Statuten von 1901 erklärt den Zweck der Sterbekasse, die eine grosse Bedeutung hat: «Aus der Sterbekasse wird den nächsten Angehörigen als Unterstützung 50 Franken ausbezahlt. Berechtigung haben nur solche Angehörige, die sich während der Krankheit des Verstorbenen um denselben bemüht und für dessen Verpflegung besorgt waren.» ¹¹ Die Politik des Vereins unterscheidet sich jedoch in den ersten Jahren wesentlich von derjenigen der sozialdemokratischen Partei von heute: Bei Wahlen kann etwa die freisinnige Partei mit Beistand für ihre Liste rechnen. Das Verhältnis wird dennoch schon bald getrübt. An der Sitzung vom 30. März 1885 erklärt der Genosse Zimmermann gemäss Protokoll: «Ich bin sehr dafür, dass man sich nicht mehr als Stimmvieh benutzen lässt. Vor den Wahlen ist man den Leuten stets willkommen, nachher macht jede Partei was sie will, ohne an den geleisteten Dienst zu denken.» ¹²

Die Entstehung der schweizerischen Arbeiterpartei erfolgt in mehreren Anläufen. Ein erster Versuch zu einer gesamtschweizerischen Organisation geht 1870 von Zürich aus, wo Herman Greulich (1842–1925) einige Sektionen der Internationalen um

die von ihm geleitete Zeitung «Tagwacht» vereinigt. Diese Partei wird vom Arbeiterbund verdrängt, taucht aber 1880 wieder als politischer Partner des Gewerkschaftsbundes auf.¹³ 1888 gelingt auf Initiative des Berners Albert Steck (1843–1899) die eigentliche Gründung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der aber vorerst nur Einzelmitglieder angehören. Nur zwei Jahre später kommt es auf der lokalen Ebene zur Zusammenfassung von 26 gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen in der (neuen) Arbeiterunion Bern, die das erste ständige lokale Arbeitersekretariat in Europa einrichtet und den Aufschwung der Berner Sozialdemokratie einleitet. Nikolaus Wassilieff (1857–1920) wandelt das «Vereinskonglomerat» der Berner Arbeiterbewegung in einen klassenbewussten kämpferischen Stosstrupp um und vermag bis 1893 die Zahl der angeschlossenen Vereine beinahe zu verdoppeln. Ein Jahrzehnt früher als anderswo erfolgt damit in der Stadt Bern der Übergang zur proletarischen Klassenpartei in marxistischem Sinne, die sich einem doktrinär-autoritären Führer unterstellt.¹⁴

Vor diesem Hintergrund beginnt in den 1890er Jahren die parteipolitische Tätigkeit des Arbeitervereins Lorraine im sozialistischen Sinn. 1890 nimmt er erstmals geschlossen an der 1.-Mai-Feier teil. In der Stadt Bern entwickelt sich zudem ein Kräftespiel zwischen den Freisinnigen, den Konservativen¹⁵ und den Sozialdemokraten. 1893 eskaliert die Situation: Am 19. Juni ziehen einige Dutzend Maurer und Handlanger ins Kirchenfeld, dann aufs Gryphenhübeli und in die Schosshalde, um die Italiener, die auf den dortigen Baustellen arbeiten und die als Lohndrücker empfunden werden, zu verprügeln. Zunächst verhaftet die Polizei einzelne Randalierer, später auf Denunziation hin weitere Beteiligte, teilweise auch Zuschauende. Am Abend fordern vor dem damaligen Untersuchungsgefängnis, dem Käfigturm, einige tausend Menschen, dass die Gefangenen freigelassen werden. Es kommt zu heftigen Ausschreitungen mit der Polizei und der Feuerwehr. Gleichzeitig verlangt eine Arbeiterdelegation beim Krisenstab der städtischen und kantonalen Behörden die Entlassung der Gefangenen. Darauf telefoniert Stadtpräsident Eduard Müller unter Umgehung des Dienstweges dem Eidgenössischen Militärdepartement, um Hilfe anzufordern. Die Truppen aus Thun stellen die öffentliche Ordnung wieder her. Der Krawall endet mit vielen Verhaftungen und mehreren ernsthaft Verletzten. In der Folge verbietet der Regierungsrat das Herumtragen der roten Fahne, obwohl am Krawall selber keine zu sehen war. Der Prozess endet mit allgemein als hart empfundenen Urteilen: Arbeitersekretär Wassilieff wird der Anstiftung zu Aufruhr und Ruhestörung bezichtigt. Doch bereits ein Jahr später werden die Strafen gemildert.¹⁶ Die Lorraine-Leute haben laut einem Augenzeugen, den Präsident Minnig befragt hat,

ebenfalls am Krawall teilgenommen. Zwei Vereinsmitglieder sitzen deswegen längere Zeit im Gefängnis. Mit Geldsammlungen versucht der Arbeiterverein, ihre Familien zu unterstützen.¹⁷

Als Auswirkung des Käfigturmkrawalls brechen die latenten gesellschaftlichen Spannungen in den offenen Klassenkampf aus. Nun radikalisieren sich die Sozialdemokraten und bilden im Stadtrat eine eigene Fraktion, während die Freisinnigen mit ihren ehemaligen Hauptgegnern, den Konservativen, enger zusammenarbeiten. Andererseits setzt sich die Auffassung durch, dass die unterschiedlichen Interessengruppen gemäss ihrer Stärke an der Stadtpolitik teilnehmen sollen. Aus diesem Grund kommen die Freisinnigen und Konservativen der Stadt zur Einsicht, dass eine Integration der Arbeiterrepräsentanten in die Regierungsverantwortung ihre Oppositionsrolle vermindern könnte. So gelangt 1895 dank freisinnigem Verzicht nach der Bundesratswahl von Eduard Müller der Sozialdemokrat Gustav Müller in den Gemeinderat. Später wird er auch Stadtpräsident. 1899 erhalten die Sozialdemokraten einen zweiten Sitz zugestanden, 1911 erringen sie einen dritten Sitz auf Kosten der Konservativen. Am 5. Mai 1895 wird zudem das proportionale Wahlverfahren für den Stadtrat eingeführt. Der Berner Proporz¹⁸ sichert den Sozialdemokraten den Status als dritte Kraft; zahlenmässig überholen sie im Stadtrat die Konservativen in den Wahlen von 1897, die Freisinnigen 1911. Nach einem kurzen Unterbruch im Jahr 1913 bleibt die Vorherrschaft über die Freisinnigen im Stadtrat bis heute bestehen.¹⁹ Das Verbot der roten Fahne wird bereits 1897 wieder aufgehoben.

Nach 1893 verstärken sich aber die Spannungen zwischen dem Grütliverein, der zur Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien bereit ist, und den Arbeitervereinen, die den Klassenkampf in den Vordergrund stellen. «Das Verhältnis zwischen der um 1895 deutlicher hervortretenden Sozialdemokratischen Partei der Stadt Bern und der Arbeiterunion blieb noch lange unklar», schreibt Emil Erne in «Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert». ²⁰ Es gibt auch Richtungskämpfe in der stadtbernerischen Arbeiterschaft zwischen der marxistisch-doktrinären Linie (Nikolaus Wassiliew, Karl Moor) und der reformistisch-pragmatischen Linie (Albert Steck, Gustav Müller).

Sein erstes Jubiläum, die 25-Jahr-Feier, begeht der Arbeiterverein Lorraine im Militärgarten (dem heutigen Jardin) am 12. Juni 1904. Die beiden Leiste des Quartiers übergeben ihm als Andenken einen Lorbeerkranz und einen Bierhumpen.²¹ Veränderungen gibt es beim Vereinsnamen. Denn der Bisherige scheint nicht zu gefallen. Am 2. Dezember 1900 wird beschlossen, einen Wettbewerb über die Vereinsbezeichnung

zu eröffnen. Dem Sieger winken als Prämie fünf Franken. Vorsichtshalber hat die Versammlung aber bestimmt, dass der Betrag der Sterbekasse überwiesen werden muss. Dies wirkt offenbar wenig anregend und der Name bleibt vorläufig. Erst am 5. Januar 1911 wird der Arbeiterverein in «Sozialdemokratische Mitgliedschaft Nordquartier» umgetauft. Von nun an finden die Versammlungen immer häufiger im Café Hofmann an der Lorrainestrasse 23 statt.²² Der Wirt Hofmann ist ebenfalls Mitglied. Doch über ein festes Vereinslokal verfügt die Mitgliedschaft nicht. Dies ist ein Punkt, der in den Vereinssitzungen immer wieder angesprochen und kritisiert wird.

Ebenfalls immer wieder zu Diskussionen führt die Frage nach der Mitgliedschaft von Frauen. Bisher wurden noch keine weiblichen Mitglieder aufgenommen. An der Versammlung vom 14. Oktober 1912 im Restaurant zur Eintracht stellt jedoch eine Martha Heeb ein entsprechendes Gesuch. Im Protokoll heisst es dazu: «Der Vorstand empfiehlt dem Verein die Aufnahme und beantragt gleichzeitig die Zulassung der Aufnahme von Frauen in unsere Mitgliedschaft. Der Präsident erörtert auch die Wichtigkeit der Betätigung der Frauen in unseren Mitgliedschaften. Ferner erwähnt er die eminenten Vorteile, welche uns die Frauen in dieser Beteiligung bieten können und welche Vorteile sich die Letzteren durch unsere Aufklärung verschaffen können.»²³ Hauptargument scheint demnach zu sein, dass dank der Frauen die Mitgliederzahl erhöht werden könnte. Dieser Logik folgt die Versammlung offenbar und stimmt dem Antrag zu. Tatsächlich springt die Zahl von 219 Mitgliedern im Jahr 1910 auf 311 im Jahr 1914. Bereits im November 1912 werden zwei weitere Frauen aufgenommen. Und noch 1913 steht im Protokoll der Monatsversammlung vom 22. September der Appell, «die Genossen mögen ihre Frauen und Töchter der Organisation zuführen».²⁴ Gar 13 weibliche Neumitglieder kann die Versammlung am 10. Juni 1918 begrüßen. Grund dafür sind Übertritte vom Frauenverein.²⁵ Erst 1919 wird aber die angegliederte sozialdemokratische Frauengruppe gegründet.

Es gibt auch Schwierigkeiten, sowohl partei-interne als auch partei-externe. Eugen Münch, Präsident von 1907 mit Unterbruch bis 1916, kündigt an der Hauptversammlung vom 12. Januar 1913 an, er wolle demissionieren, weil er als kantonaler Parteisekretär mit dem Präsidentenamt überlastet sei.²⁶ Doch bereits im Mai 1913 übernimmt er das Amt wieder. Die Begründung für den ungewöhnlichen Schritt: «Das Abflauen unserer Vereinstätigkeit in der letzten Zeit und die Wichtigkeit des zweiten Wahlganges unserer Gemeinderatswahl bewogen ihn, die Leitung unserer Mitgliedschaft bis auf Weiteres wieder zu übernehmen.»²⁷ Nach aussen will man sich

vor allem gegen den «Klassenfeind» wehren. Der Kampf wird mit Unerbittlichkeit geführt. Beispielsweise werden die Genossen an der Vereinsversammlung vom 4. Juli 1913 gewarnt, sie sollten ihre «Jünglinge» vom Verein der «Pfadfinder» fernhalten, da «dieses auch ein bürgerlicher Verein» sei.²⁸ Um sich das Leben gegenseitig schwer zu machen, werden raffinierte Tricks angewandt: An der Vereinssitzung vom 13. Dezember 1913 beanstandet ein Mitglied das Vorgehen der Freisinnigen bei den Stadtratswahlen. Um mögliche Linksstimmen zu verhindern, würden sie «wie bei allen Wahlen wieder kurz vor dem Wahltag eine grössere Anzahl von Pferdewärter[n] und Bereiter[n] von Bern abkommandieren».²⁹

Mit den Gegnern geht man allgemein nicht zimperlich um. An den Samstagen vor Abstimmungen wird jeweils «Wahlliteratur» angeklebt. Nachts um zwei Uhr mache man jeweils «wieder die Runde», da «unsere angeklebten Aufrufe von Gedungenen der andern Parteien weggerissen wurden», schreibt Fritz Hostettler, der von 1897 bis 1898 Präsident ist, zur 50-Jahr-Feier in einem Brief, den die Tagwacht am 27. Juli 1979 zum 100-jährigen Jubiläum der SP Bern-Nord abdruckt.³⁰ «Aber wenn wir diese erwischten, dann gab es Chläpf.» Beim Verteilen von Wahlvorschlägen vor den Lokalen auf dem Lande würden die Bauern die Arbeiter zudem mit Schlägen bedrohen. Doch man lasse sich nicht einschüchtern. Sogar bei den Kirchen stellten sich die Genossen auf, um nach Ende der Predigt das «Material anzubringen». In erster Linie die Vorstandsmitglieder kriegen die Gefechte zu spüren. Einer der Präsidenten soll mit seiner 8-köpfigen Familie kein Logis erhalten haben und habe wochenlang in einem alten Schiessstand auf dem Wyler kampieren müssen, erzählt Hostettler.³¹

In den Jahren des Ersten Weltkriegs (1914–18) wird es ruhig um die sozialdemokratische Mitgliedschaft Nordquartier. Dies liegt wohl daran, dass viele Männer eingezogen werden und der Kriegsalltag im Vordergrund steht. Typische Kriegsthemen sind beispielsweise die Kohle, die für die Arbeiter durch die Rationierung zu teuer wird, oder die Diskussion um die Auflösung der Sterbekasse während der Kampfhandlungen. Einen Einblick in die Not der Arbeiterklasse, die durch die kriegerischen Auseinandersetzungen noch verstärkt worden ist, gibt auch die Resolution, die an der Versammlung vom 7. Oktober 1918 verabschiedet wird:

«Die Mitgliedschaft Nordquartier erachtet angesichts der drohenden und teilweise schon bestehenden Unterernährung der Jugend einen Ausbau der Schülerspeisung und Schülerbekleidung als unerlässlich. Sie fordert die staatlichen Organe auf, alle Massnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, eine möglichst grosse Zahl von

Proletarierkindern genügend mit Nahrung und Kleidung zu versorgen. Insbesondere verlangt sie die kostenlose Abgabe von Kartoffeln und Monopolwaren, von Fett und Käse für die Schülerspeisung, Bereitstellung einer wirklich genügenden Anzahl von Schuhen und Holzschuhen für die Kinder, Vermittlung von Stoffen für Kleider und Unterkleider zu einem reduzierten Preis durch den Bund.»³²

Klar ist auch, was die Mitgliedschaft vom Militär hält. In einem Antrag an den schweizerischen Parteitag von 1918 in Olten heisst es dazu: «Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unverzüglich an die praktische Durchführung der Berner Parteitagsbeschlüsse zu gehen, indem er durch Volksabstimmung die Abschaffung des Heeres verlangt, die Soldaten zu individueller Dienstverweigerung aufruft und die zum Dienst gezwungenen Soldaten in Soldatenbünden organisiert.»³³

Einen grossen Einfluss hat die Russische Revolution im Jahr 1917, vor allem in Zusammenhang mit der Jahresfeier 1918. So referiert Eugen Münch, der von 1913 bis 1917 der Mitgliedschaft vorsteht, am 14. Oktober 1918 vor der ausserordentlichen Versammlung über die kommunistische Wende in Russland. Er gerät ins Schwärmen und sieht die Weltrevolution kurz bevorstehen, indem er die aktuelle Situation mit derjenigen von 1798 und 1848 vergleicht: «Die grosse französische Revolution und die Revolution von 1848 haben ihre Wellen auch über die Schweiz gewälzt. Die heutigen Verhältnisse sind jenen sehr ähnlich. Die Arbeiterschaft in der Schweiz hat die Pflicht, sich auf diese Verhältnisse vorzubereiten, damit sie von den Ereignissen nicht überrascht wird. [...] Unsere Losung muss lauten: Übergabe der politischen Macht an die arbeitende Bevölkerung.»³⁴

.....
Dieser Antrag der ausser-
ordentlichen Versammlung
vom 14. Oktober 1918 ist das
Resultat des Vortrags von
Präsident Eugen Münch.
.....

Antrag:

„Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Nordquartier beantragt, dem städtischen Parteikomitee, es sei möglichst bald eine städtische Parteiversammlung einzuberufen, zwecks Stellungnahme zu den internationalen politischen Ereignissen und zur Besprechung der Fragen, die die russische Revolution den Arbeitern in der Schweiz stellt.“

Ein ganz besonders brennendes Thema ist im kommenden Jahr der Generalstreik. Auslöser ist die Jahresfeier zur Russischen Revolution. Angesichts der «tendenziösen Schwarzmalerei»³⁵ einiger bürgerlicher Persönlichkeiten, darunter auch des Generals Ulrich Wille, veranlasst der Bundesrat ein Truppenaufgebot, um die Stadt Zürich vorsorglich zu besetzen. Das Oltener Komitee, ein Komitee das von Robert Grimm (1881–1958) aus Gewerkschafts- und Parteileuten aufgestellt wurde, antwortet mit Proteststreiks, die zum Generalstreik vom 12. bis 14. November 1918 überleiten. Das Komitee stellt ein Neun-Punkte-Programm auf, das politische Elemente wie sofortige Neuwahl des Nationalrates auf Grundlage des Proporz und Einführung des Frauenstimmrechts enthält, vor allem aber soziale Forderungen wie Einführung der 48-Stunden-Woche und eine Alters- und Hinterlassenenfürsorge festhält. Demgegenüber verlangt der Bundesrat die totale Kapitulation. Eine Aufgabe, welche die Armeeführung übernimmt. Der mobilisierten Armee gegenüber muss sich das Oltener Komitee bedingungslos ergeben.³⁶ An der Mitgliedschaftsversammlung vom 4. Dezember 1918 gibt Hans Gyger, Präsident von 1917 bis 1922, einen kurzen Überblick über die Vorfälle. Der Streik sei von der schweizerischen Arbeiterschaft mustergültig durchgeführt worden und habe einen moralischen Erfolg erzielt, sagt er. Man sei dadurch den von den Arbeitern gestellten Postulaten näher gerückt. Im Hinblick «auf die Erfahrungen und Lehren des Landesstreiks» werden dem Kreisvorstand Bern-Mittelland folgende zwei Anträge gestellt:

«1. Zur Erweiterung und zum Ausbau unserer Organisationen im Sinne eines festern und engern Zusammenschlusses zwischen gewerkschaftlichen und politischen Vereinigungen sei an allen Orten, wo mehrere Organisationen (Gewerkschaften und Parteivereine) bestehen, das Organisationssystem der Arbeiterräte unter Anpassung an unsere Verhältnisse einzuführen.

«2. Bis dahin sei dem Antrag des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz, der die Schaffung einer schweizerischen Arbeiterunion, bestehend aus dem schweizerischen Gewerkschaftsbund und der schweizerischen sozialdemokratischen Partei bezweckt, zuzustimmen.»³⁷

Offenbar ist beim Generalstreik auch ein Mitglied der Sektion von der Polizei verhaftet worden. Jedenfalls spricht die Versammlung am 4. Dezember 1918 dem Genossen Läufer «einstimmig ihre Sympathie und moralische Unterstützung aus für die Mannestat und Handlung», die zu seiner militärischen Verhaftung geführt habe. Läufer hatte sich entgegen dem Befehl seines militärischen Vorgesetzten geweigert,

auf Arbeiter zu schiessen.³⁸ Die prominenten Arbeitervertreter Grimm, Schneider, Platten und Friedrich Nobs werden überdies durch das Militärgericht des Generalstreiks verurteilt. An der ausserordentlichen Versammlung vom Freitag, 31. Januar 1919, lässt man eine Sammeliste für die Betroffenen herumgeben.³⁹ Aus demselben Anlass nimmt die Versammlung vom Mittwoch, 16. April 1919, eine Resolution an: «Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Nordquartier spricht den im Landesstreikprozess vom militärischen Ausnahmegericht verurteilten Genossen ihre volle Sympathie aus und versichert sie ihrer unverbrüchlichen Solidarität.»⁴⁰ Im Mai 1919 heisst es dann, die meisten Betroffenen seien freigesprochen worden.⁴¹

Zu den kommenden Jahren gibt es leider kaum Informationen. Die Protokolle zeugen aber von intensiven Debatten über kleinere Angelegenheiten wie der noch immer ungelösten Lokalfrage. Ausserdem findet 1924 in der Mitgliederliste eine Säuberung «von dubiosen Elementen» statt.⁴² Bereits in dieser Zeit wird überdies immer wieder mal verzweifelt nach einem weiblichen Vorstandsmitglied gesucht, um die Frauen vermehrt einzubinden. Dem ist aber kein Erfolg beschieden.

Diese erste Phase der Geschichte der heutigen SP Bern-Nord endet am 25. August 1929 mit der 50-Jahr-Feier der Mitgliedschaft im Militärgarten. Zum Jubiläum wird die dritte Fahne der Sektion geweiht. Die erste Fahne wurde 1885 aus der Taufe gehoben, die zweite im Jahr 1902. Auf der Einladung zur Jubiläumsfeier schreibt Präsident Fritz Minnig in gewohnt kämpferischer Manier, der geplante Umzug müsse einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, um auf die proletarische Bewegung aufmerksam zu machen: «Darum Genossinnen und Genossen, erscheint in Waffen!» Die Häuser sollen geschmückt werden, niemand dürfe zu Hause bleiben.⁴³ Im selben Jahr leiten der Börsenkrach in New York und die Kündigung der zahlreichen amerikanischen Kredite im europäischen Finanzsystem die Weltwirtschaftskrise ein. Die Arbeitenden und ihre Vertreter stehen vor riesigen Herausforderungen.

Bedrohung durch Weltwirtschaftskrise und Krieg:

1930-1945

Im Jahresbericht von 1930, der zu dieser Zeit noch vom gesamten Vorstand verfasst wird, ist das grosse Thema die Weltwirtschaftskrise. Der angeschlagene Ton ist harsch und richtet sich gegen die Widersacher. Den roten Faden im Bericht bildet denn auch der Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft/Sozialdemokratie. So heisst es: «Und mit welcher Deutlichkeit gehen die Gegensätze bei der wirtschaftlichen Krise hervor?! Der Krise, unter der nicht das Bürgertum in erster Linie leidet, sondern vorab die Arbeiterschaft fast zusammenbricht und zum Teil buchstäblich verhungert. Mit Palliativmittelchen versucht die herrschende Gesellschaft der Krise beizukommen, mit Almosen die Not der Hungernden zu lindern, derweil Millionen um Millionen dem Militarismus geopfert, Millionen dem Grossbauerntum verschenkt werden. Keine Massnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, im Gegenteil, zum Teil künstliche Hochhaltung der Preise durch Schliessung der Grenzen und starke Schutzzollbelastungen.»⁴⁴

Einen weiteren Schwerpunkt in dieser Zeit setzt die Diskussion über den drohenden Faschismus. Der Vorstand bemängelt das seiner Meinung nach zu wenig forsche Auftreten der Schweiz «dem reaktionären Faschisten-Italien gegenüber».⁴⁵ Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Nordquartier nimmt mit einer Protestresolution an die Bundesversammlung Stellung zur Ausweisung der italienischen Emigranten Bassanesi, Tarchiani und Rosselli durch Bundesrat Giuseppe Motta.⁴⁶ Gleichzeitig werden zehn Franken an den Prozess im Fall Bassanesi gespendet. Als Mittel gegen den Faschismus schlägt der Vorstand vor: «Ja, können wir da etwas tun? Bestimmt, aber erst dann, wenn sich die Masse der Lohnerwerbenden an die Seite der klassenbewussten Arbeiterschaft stellt und zusammen mit ihr einsteht für die Eroberung der politischen Macht, die einzig die Möglichkeit bietet, die Ideen des Sozialismus in vollem Umfange zu verwirklichen.»⁴⁷ Bezeichnenderweise steht am Schluss des Jahresberichts die dick unterstrichene Aufforderung: «Arbeiter, schliesst die Front!»⁴⁸

Der Faschismus bleibt in den folgenden Jahren das Hauptthema. Beeinflusst von der allgemein vorherrschenden krieglerischen Sprache stellt der Vorstand fest: «Der Faschismus kennt keine geistigen Waffen, er kennt nur Krieg und Vernichtung. Von diesen seinen Kenntnissen dagegen macht er rücksichtslosen Gebrauch, eine Tatsache, die wir uns unbedingt zu merken haben und die uns unter Umständen lehrreich sein könnte.»⁴⁹ Das Engagement gilt auch den Kämpfen in Spanien. Dort ist ein Bürgerkrieg

ausgebrochen, der zur eigentlichen Hauptprobe des Zweiten Weltkriegs (1939-45) wird, da er zu einer neuen Konfrontation zwischen den Westmächten einerseits und Italien und Deutschland andererseits führt. Hintergrund ist der Aufstand des monarchistischen Generals Franco am 17. Juli 1936 gegen die in Spanien regierende Volksfront, die aus Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten und Linksbürgerlichen besteht. Freiwillige aus ganz Europa, auch aus der Schweiz, strömen illegal nach Spanien und kämpfen im Bürgerkrieg für oder gegen die spanische Republik.⁵⁰ Einzelne Mitglieder der Sektion vollführen angesichts dieser Ereignisse gewagte Aktionen: «Und als Franco-Spanien vorzeitig in Bern eine Gesandtschaft eröffnete und die faschistische Flagge hisste, war es Fritz Giovanoli, der die Faschistenflagge nachts wieder herunterholte», steht in der Roten Revue von 1964.⁵¹

Auch die Auseinandersetzungen in Österreich, wo es am 12. Februar 1934 zum Generalstreik gekommen ist, worauf die sozialdemokratische Partei verboten wird, beschäftigen die Mitgliedschaft. Acht Todesurteile werden nach den Ausschreitungen vollstreckt. «Mit Kanonen und Maschinengewehren wurden in Wien und in den übrigen Arbeiterzentren unsere Genossen zusammengeschossen und die aufbauende Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei vernichtet», berichtet der Vorstand im Jahresrückblick. Er drückt seine Solidarität aus. «In grosser Ehrfurcht gedenken wir des heldenhaften Kampfes unserer österreichischen Brüder, trauern wir um Genossen wie [Koloman] Wallisch, [Georg] Weissel und viele andere, die sterbend am Galgen noch ihrer Treue zum Sozialismus und der Überzeugung Ausdruck gaben, dass die Ideale, von der die Arbeiterschaft Österreichs beseelt war, weiterleben werden, trotz alledem.»⁵²

Ganz unter dem Eindruck der faschistischen/nationalsozialistischen Bedrohung steht der schweizerische Parteitag der Sozialdemokraten vom 26./27. Januar 1935 in Luzern. In einem historischen Akt wird der Landesverteidigung zugestimmt. Damit wandelt sich die Partei von der marxistischen, antimilitaristischen Klassenkampf-Partei des Landesstreiks von 1918 zur sozialreformerischen Volkspartei.⁵³ 1935 wird auch die «Diktatur des Proletariats» aus dem Parteiprogramm gestrichen. Doch der Vorstand der Mitgliedschaft Bern-Nordquartier weist in seinem Jahresbericht von 1934 auf Zurückhaltung hin beim Bekenntnis zur Landesverteidigung. Die Partei behalte es sich vor, jeweils selber zu entscheiden, «welche Aufwendungen militärischer Art für die Verteidigung der Demokratie notwendig sind und welche nicht. Es wird Pflicht der Parteimitgliedschaft sein, darüber zu wachen, dass ihre Vertrauensleute in den Behörden diesen Vorbehalt so auffassen, wie er von der Mehrheit der Partei gemeint

ist.»⁵⁴ Diese Ansicht herrscht in weiten Teilen der nationalen Partei bis heute vor. Im Jahr 1935 gibt es für die sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nordquartier eine kleine kosmetische Veränderung: Sie nennt sich nun ein wenig kürzer «Sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord».⁵⁵

Derweil stehen neue Herausforderungen an in der Umklammerung durch Deutschland und Italien. Am 4. Februar 1936 wird der Leiter der Auslandsorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, in Davos ermordet. Die sozialdemokratische Mitgliedschaft verurteilt den Anschlag, kann aber ein Spürchen Schadenfreude nicht verbergen: «Wir lehnen den politischen Mord ab. Wir verurteilen das auf diesen Landesleiter verübte Attentat, aber wir dürfen doch mit ruhigem Gewissen sagen, dass hier nur ein Teil der Saat aufgegangen ist, die von den Hitlerbanditen ausgestreut wurde.»⁵⁶ Damit spricht sie die versteckten parteipolitischen Aktivitäten der NSDAP in der Schweiz an. Ihre Hoffnungen in dieser bedrohlichen Zeit setzt die Mitgliedschaft ganz auf Frankreich: «Ein Lichtblick leuchtet am Horizont. Frankreich räumt mit den Faschisten auf. [...] Möge es vorangehen mit dem Beispiel, das der oberste Rat unserer ältesten Demokratie eigentlich geben müsste!»⁵⁷

Leider sind die Mitgliedschafts-Akten aus den Jahren im Zweiten Weltkrieg verschwunden. Aufgrund der Quellenlage ist nicht zu ermitteln, ob die Unterlagen aus Angst vor möglichen Repressionen oder aus anderen Gründen entfernt wurden. Einzige einzelne Artikel der «Berner Tagwacht» von 1930 bis 1948 liegen vor, allerdings steht darin kaum etwas zur Mitgliedschaft Bern-Nord. Ein Gespräch mit Ernst Pulfer, der von 1953 bis 1994 im Vorstand war, soll einen persönlichen Einblick geben in ein typisches Arbeiterleben dazumal:

«Wir wuchsen in einer Zeit auf, in der uns gar nichts Anderes übrig blieb, als zu kämpfen. Mein Vater war Maschinenschlosser. Er hatte oft keine Arbeit in den 1920er und 30er Jahren. Ich erinnere mich, wie ich mich als kleiner Junge an seiner Hand auf dem Waisenhausplatz hinten in einer langen Kolonne einreihete, die sich durch die Zeughausgasse hinunter in die Predigergasse aufs Arbeitsamt hinzog. Damals betrug die Arbeitslosen-Entschädigung sieben Franken im Tag. Jeden Tag mussten die Arbeitslosen anstehen, damit sie das Geld erhielten. Ich habe nie vergessen, wie dieselben Männer jeweils auf dem Bundeshausplatz Robert Grimm von der Gewerkschaft zuhörten. Der grösste Wunsch von allen war, einen Vertreter aus den eigenen Reihen in den Bundesrat oder den kantonalen Regierungsrat zu bringen. Diese Eindrücke prägten mich.

Dank meiner Mutter kamen wir durch: Sie ging im Kirchenfeld waschen und putzen. Damit verdiente sie ebenfalls täglich sieben Franken. 1939 stand dann Hitler vor der Türe – mein Vater musste in dieser Zeit der Mobilmachung einrücken. Er war gleich drei Monate im Dienst als Geschützmechaniker bei der Artillerie und als Waffenmechaniker. Soldaten hatten noch keinen Lohnausgleich und für uns wurde es eng. Wir waren drei Kinder und mit den sieben Franken, die meine Mutter verdiente, konnte sie nicht noch den Mietzins zahlen. Als der Vermieter uns kündigte, weinte sie und schrieb dem Vater in den Dienst ins Bündnerland. Der packte sofort seine Sachen zusammen, ging aufs Kompaniebüro, warf dem Hauptmann den ganzen Bettel vor die Füße und sagte: ‚Ich gehe heim. Ich habe zu Hause drei Kinder und eine Frau, und der Hausmeister stellt sie auf die Strasse, weil sie die Miete nicht zahlen können. Da rief der Hauptmann gleich den General Guisan an und die Fürsorge zahlte schliesslich die drei fälligen Mietzinse. Später brachte man den Lohnausgleich auf politischer Ebene durch. Diese Erfahrung war einer der Gründe dafür, dass ich zum Sozialismus fand.

Mit 16 trat ich der Partei bei. Ich verdiente noch praktisch nichts. Im ersten Lehrjahr erhielt ich 7 Rappen die Stunde, im zweiten 14, im dritten 21 und im vierten 28. Damit konnte ich keinen Beitrag zahlen. Deshalb ging ich zu den Jungsozialisten, zuerst im Südquartier, 1951 kam ich zu Nord. Ein ungeheures Erlebnis waren die Parteitage in Biel. Wir fuhren noch mit dem Velo dorthin. Fritz Giovanoli war ein exzellenter Sozialist. Und wenn Robert Grimm sprach, waren wir gefesselt. Wir trafen damals eine Abmachung: Jeder sollte sein Parteibüchlein zu Hause aufbewahren und falls Hitler käme, würden wir es vernichten, damit niemand herausfinden könnte, wer Sozialist ist.

1946 ging es um die AHV. Sie kam nun zum dritten Mal zur Abstimmung. Bereits als Jungsozialisten waren wir immer zu den Leuten gegangen und hatten sie darüber aufgeklärt, wie wichtig diese AHV sei. Die Grenzbesetzung im Aktivdienst schweisste uns Eidgenossen zusammen. Da existierte eine Solidarität in der Bevölkerung durch die Rationierung und alle Einschränkungen – keine Ferien, keine Auslandsbesuche. Bauer und Arbeitnehmer lagen beim Kantonement nebeneinander im Stroh. Und der Arbeitnehmer lernte, was der Bauer für Sorgen hat und umgekehrt. Aus diesem Grund halfen uns die Bauern im Jahr 1947, die AHV durchzubringen.»⁵⁸

Erfolge und Niederlagen wechseln sich ab:

1946–1970

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt die Schweiz einen bisher nicht gekannten Boom. Die Arbeitslosigkeit sei fast verschwunden, die Löhne erlaubten einen «verhältnismässig hohen Lebensstandard», berichtet Präsident Erwin Schneider (1954–63) im Jahr 1954.⁵⁹ Die Sättigung führt allerdings zu weniger Eifer der Arbeiterklasse. Nach dem Höchststand von 741 Mitgliedern im Jahr 1950 gehen die Mitgliederzahlen der Sektion kontinuierlich zurück. Ernst Pulfer erklärt dazu: «Je besser es dem Arbeitnehmer ging, desto mehr Austritte gab es. Desto mehr hatte der Arbeiter das Gefühl, es brauche uns nicht mehr. Das begann langsam ab 1954.»⁶⁰ Die Frustration im Vorstand ist deutlich herauszuspüren. Präsident Max Schmid (1964–67) nutzt die Hauptversammlung vom 13. März 1967, um seine Enttäuschung in Worte zu fassen. Nur etwa zehn Prozent der Mitglieder beteiligten sich einigermaßen rege am Leben der Sektion, klagt er. Der Vorstand hätte im vergangenen Jahr noch viel mehr Veranstaltungen durchführen können, aber: «Ich habe einfach den Glauben verloren, dass wir damit ein Echo finden könnten, das die damit verbundenen Anstrengungen rechtfertigen würde.» Am Ende des Vortrags entschuldigt er sich: «Ich musste einfach einmal den Kropf leeren, ich musste einfach einmal Euch einige Dinge zu bedenken geben.»⁶¹

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ist die Aktivität aber noch hoch. Die Methoden zum Stimmenfang sind allerdings nicht immer lauter. Ernst Pulfer erzählt, wie in seiner Zeit als Strassenobmann von 1951 bis 1967 bei den Wahlen nachgeholfen wird: «Von jedem Wähler im Quartier hatten wir eine Stimmkarte. Bei denen, die wir zu uns zählten, machten wir eine Markierung darauf. Wir beobachteten jeweils, wer schon abgestimmt hatte. Dann «schleppten» wir. Am Sonntagmorgen riefen wir diejenigen Leute an, bei denen wir das Gefühl hatten, die könnten uns wählen. Wir forderten sie auf zu stimmen. Wenn sie sagten, sie hätten keine Zeit, erwiderten wir, dann gebt uns doch wenigstens Eure Stimmkarte. Wir achteten auf den Jahrgang, und wer ungefähr dasselbe Alter hatte, ging für die betreffende Person stimmen. Es gab Wahlen, bei denen ich bis nach Bümpliz musste, weil ich bei allen anderen Wahllokalen bereits vorbeigekommen war. Das ging so lange gut, bis ich plötzlich meinem Onkel, einem Freisinnsmann, an der Kontrolle begegnete. Ich sagte: «Hallo, Onkel Ernst», und liess die Stimmkarte gleich in die Urne fallen, ohne dass er sie kontrollieren konnte ... Erwin Schneider haben wir dank dieser Methode noch in den Regierungsrat gebracht. Aber nicht nur deswegen, natürlich.»⁶²

Prägend in dieser Noch-Blütezeit ist Präsident Fritz Giovanoli (1898-1964), der die Mitgliedschaft von 1937 bis 1953 leitet. Als vehementer Atomwaffengegner gehört er zu den Gründern und Leitern der «Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung». Er ist auch kantonalbernischer Parteisekretär. Gleichzeitig gehört Giovanoli dem Stadtparlament und dem Grossen Rat an. Von 1938 bis 1939, 1943 bis 1946 und 1955 bis 1963 ist er zudem Nationalrat. Als er 1946 zum bernischen Regierungsrat gewählt wird, gibt er sein Amt ab, da er ein Gegner der Ämterkumulation ist. Im Auftrag der schweizerischen Parteileitung veröffentlicht Giovanoli überdies die Broschüre über die «Zweihundert Familien», welche die regierende Hochfinanz der Schweiz repräsentieren sollen. Ihr Titel lautet «Im Schatten des Finanzkapitals».⁶³

Unter Giovanolis Federführung wird 1946 rückwirkend auf den 1. Januar 1945 unter dem Namen «Sterbekasse der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord» eine Stiftung errichtet. Ihr wird ein Vermögen von 11 854.05 Franken gewidmet. Die Mitglieder der Sektion müssen pro Monat mindestens 20 Rappen einzahlen. Zur Bestimmung der Stiftung heisst es: «Die Stiftung bezweckt die Ausrichtung von Sterbegeldern an die Hinterlassenen von verstorbenen Mitgliedern der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord, und zwar in der Reihenfolge an:⁶⁴

- a) den überlebenden Ehegatten,
- b) die ehelichen und adoptierten Kinder; ihnen gleichgestellt die mit Standesfolge anerkannten oder zugesprochenen Kinder,
- c) die Eltern,
- d) die Geschwister, sofern sie vom Verstorbenen unterhalten wurden.

Für rote Köpfe sorgt die Affäre Ernst Studer. Der Schreinermeister ist bis Anfang 1950 Kassier der Sektion. Das Vereinsvermögen beträgt etwas über 4000 Franken, was für die Verhältnisse der Mitgliedschaft eine «kapitalistische» Höhe ist.⁶⁵ Als Vergleich sollen die Kosten für die monatlichen Beitragsmarken dienen: Rote Marken für diejenigen, die arbeiten und verdienen, werden zu 1,40 Franken abgegeben, braune für Frauen zu 70 Rappen, grüne für Arbeitslose, Kranke oder Menschen ausserhalb des Erwerbslebens für 50 Rappen. Als der Kassier mit seiner Schreinerei finanziell ins Schleudern kommt und Konkurs anmelden muss, bedient er sich aus der Vereinskasse. Schliesslich ist das gesamte Vermögen weg. In einem Brief vom Untersuchungsrichteramt Bern heisst es, Studer habe sich gemäss eigenen Angaben wiederholt durch gefälschte Belege über Zahlungen an die kantonale Partei und eventuell auch an die städtische Partei ausgewiesen.⁶⁶ Nach der Schuldanerkennung soll Studer monatlich 100 Franken

zurückzahlen. Anscheinend klappt das aber nicht, und die Mitgliedschaft muss bei der kantonalen Partei ein Darlehen aufnehmen. Nach dieser Erfahrung habe der Vorstand immer genau darauf geachtet, wem man das Kassieramt anvertraue, sagt Ernst Pulfer. Der nächste Kassier sei Direktor der Schweizerischen Energiewirtschaft gewesen und habe Dr. Hansruedi Sigrist geheissen.⁶⁷

Es gibt aber auch Erfolge zu verbuchen. Ein freudiges Ereignis kann die Mitgliedschaft 1954 feiern: das 75-jährige Jubiläum. Die Feier findet am 9. Oktober im Grossen Saal des Hotel National statt, wo Fritz Giovanoli eine Rede über die Geschichte der Sektion hält. Einen weiteren Höhepunkt bringt das Jahr 1964, in dem die neue Fahne geweiht wird. Aus den Archivbeständen ist ersichtlich, dass man sich bereits im Vorjahr intensiv damit beschäftigte. In einem Brief von Präsident Erwin Schneider vom 2. September 1963 steht, die alte Parteifahne sei nun fast 40 Jahre alt. Der «Stoff ist brüchig und weist Risse auf». An der Hauptversammlung sei aus diesem Grund die Anschaffung einer neuen Parteifahne entschieden worden. Diese werde mindestens 1000 Franken kosten, was nicht aus der Parteikasse finanziert werden könne. «Die Hauptversammlung hat deshalb beschlossen, die Mittel für eine neue Fahne durch eine Sammlung unter den Parteimitgliedern aufzubringen.»⁶⁸ Die Rechnung der W. Siegrist Fahnenstickerei in Langenthal vom 7. September 1964 beläuft sich dann auf 1765 Franken.⁶⁹

Neue Schwierigkeiten entstehen bei der Lokalfrage. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die SP Bern-Nord definitiv im Jardin einquartiert. Doch wegen Spannungen muss die Sektion ihre Versammlungen während einiger Jahre im Restaurant Beundenfeld abhalten. «Fritz Balz, der das Hotel führte, war mit unserer Linie nicht einverstanden. Dann mussten wir zusammen packen. Wegen des grossen Mitgliederschwunds verdiente der Wirt auch nicht mehr so viel an unseren Versammlungen. Als er starb und seine Söhne den Jardin übernahmen, konnten wir ins Lokal zurückkehren», so Pulfer.⁷⁰

Rückschläge muss die SP auch im Bestreben um die Gleichberechtigung von Mann und Frau hinnehmen. Präsident Erwin Schneider verweist im Jahresbericht 1954 auf das Buch «Die Frau und der Sozialismus» von August Bebel: «Nie wollen wir vergessen: Eine Arbeiterschaft, die der Frau die Gleichberechtigung verweigert, ist unfähig, die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.»⁷¹ Ein Diskussionspunkt ist in diesem Zusammenhang wie schon früher die Suche nach weiblichen Vorstandsmitgliedern. Einen kleinen Erfolg gibt es allerdings 1969 zu feiern. Am 17./18. Februar kommt es in

Bern zu einer Änderung der Kantonsverfassung. Die Gemeinden erhalten nun das Recht, für Gemeindeangelegenheiten das aktive und passive Frauenstimm- und wahlrecht einzuführen. Präsident Walter Kobi (1968-72) kommentiert dies im Jahresbericht 1968 mit klaren Worten: «Dieser erfreuliche Schritt, wenn er auch klein ist, bringt uns doch auf diesem Sektor langsam in die Nähe entwickelter Völker.» Euphorisch bemerkt Kobi auch, dass in der Stadt Bern in der Abstimmung vom 29. September die Gemeindeordnung in diesem Sinne abgeändert wurde: «Ab 1972 werden also in unserem Stadtparlament Frauen Einzug halten.»⁷²

Ein weiteres Thema, das Ende der 1960er-Jahre unweigerlich zur Sprache kommt, ist der Krieg in Vietnam. Im Jahresbericht 1967 sind jedoch nur ein paar Sätze dazu zu finden: «So ehrlich die amerikanische Intervention auch gemeint sein mag, ohne Unterstützung durch die Wohnbevölkerung und eine Regierung, die das Vertrauen des Volkes besitzt, wird sich auch die amerikanische Armee tot laufen.»⁷³ Die blutigen Gefechte werden mit den Kämpfen der Franzosen in Südvietnam, den napoleonischen und hitlerschen Armeen in Russland verglichen. «Inzwischen verbluten aber tausende von unschuldigen Menschen.»⁷⁴ Im Jahresbericht 1972 lautet die Beurteilung zur vereinbarten Waffenruhe in Vietnam lakonisch: «Das einzig Positive an diesem ungleichen Kräfteverhältnis ist, dass sich keine Partei als Sieger betrachten kann und daher die Fragwürdigkeit solcher kriegerischer Auseinandersetzungen einmal mehr bewiesen wurde.»⁷⁵

Auch der Einmarsch der Sowjet-Truppen in die Tschechoslowakei am 21. August aus Anlass des Prager Frühlings wird 1968 beleuchtet: «Eine freiheitliche Strömung im kommunistischen Lager hat damit ein vorläufiges, jähes Ende erfahren.»⁷⁶ Mit der 68-er Studentenbewegung, die im selben Jahr beginnt, scheinen sich viele Sektions-Mitglieder schwer zu tun. Präsident Walter Kobi bemerkt deshalb im Jahresbericht 1968: «Sind wir doch froh, dass sich unsere Jugend nicht mit der heutigen, allzu satten, z.T. auch degenerierten Menschheit zufrieden gibt. Unsere Jugend möchte wieder kämpfen, sie weiss nur nicht recht wie und wo. Wir sollten die Überbordungen, die da und dort vorkommen, sie liegen in der Natur des Revoluzertums, nicht überbewerten und eine Bedeutung zukommen lassen, die sie nicht haben.»⁷⁷

Zum Ende des Kapitels sei das Wort noch einmal Ernst Pulfer erteilt, der das Gefühl in der Sektion wiedergibt:

«Wir waren die gefürchtetste Mitgliedschaft. Das zeigen bereits die hohen Mitgliederzahlen. Damit konnten wir unliebsame Bau- und Strassenpläne verhindern.

In der Quartierpolitik offenbarte sich unsere Macht. Da gings um Wohnungen, um Mietzinse. Ein Beispiel ist der Bau des Wylerdörfli. Dort gab es viele Gewerkschafter, als es gebaut wurde. Wir wollten, dass die Eigenheime im Wylerdörfli so günstig wie möglich seien und sie waren schliesslich für ungefähr 35 000 Franken zu haben. So erreichten wir, dass auch Arbeiter ein Eigenheim erwerben konnten.»⁷⁸

Durchbruch für die Frauen: 1971–1983

Nach langen Bemühungen gewähren die Schweizer am 7. Februar 1971 den Schweizerinnen mit einer Zweidrittelmehrheit das Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten. Der Jubel bei den Frauen ist gross. Auch der Jahresbericht 1971 beginnt mit der Würdigung dieses historischen Ereignisses: «Das Jahr 1971 darf in der Schweiz als das Jahr der Frauen bezeichnet werden.»⁷⁹ Erstmals seien zwölf Frauen ins Eidgenössische Parlament gewählt worden und am Dezember-Wahltag sei der Einzug ins Städtische Parlament gefolgt, nachdem bereits ein Jahr zuvor eine Frau den Sprung in den Gemeinderat geschafft habe. Das Fazit von Präsident Walter Kobi: «Ein jahrzehntelanger Kampf unserer Partei um die politische Gleichberechtigung aller, also der Männer und Frauen, führte damit zum endgültigen Sieg.»⁸⁰ Trotzdem empfindet Kobi ein bisschen Bitterkeit, weil seiner Meinung nach die SP zu wenig Lorbeeren erhält: «Wurden wir für unseren Einsatz und die Beharrlichkeit, mit der die sozialdemokratische Bewegung dieses gerechte und überfällige Postulat vertrat, belohnt? Wie so oft im politischen Leben haben andere die Früchte unseres Säens geerntet. Wir wollen uns aber trotzdem über diesen Sieg der Gerechtigkeit freuen.»⁸¹

Käthe Klopfenstein, die kurz vor Einführung des Frauenstimmrechts der Frauengruppe der SP Bern-Nord beitrug, und welche die Gruppe die letzten Jahre bis zur Auflösung 1995 präsidierte, erzählt, wie es damals für die Frauen aussah:

«Als ich 1970 in die SP Bern-Nord eintrat, dachte ich, das könne noch Jahre dauern, bis wir das Frauenstimmrecht haben. Damals erhielt man als weibliches Sektionsmitglied nur Einladungen für die Frauengruppe. Viermal im Jahr gab es einen Abend zusammen mit den SP-Männern. Als ich mich mal erkundigte, ob ich nicht immer die Männer-Veranstaltungen besuchen könnte, hiess es, das würden sie nicht machen. Die meisten Frauen, die in der Gruppe mitmachten, waren die Ehefrauen von SP-Mitgliedern. Und es war einfach nicht üblich, als Frau alleine zu erscheinen. Am Anfang war die Integration der Frauen in die Sektion noch furchtbar schwierig. Wenn man beispielsweise ein Votum brachte, war es sehr schwierig durchzubringen. Also mussten wir uns vorher mit einer anderen Frau absprechen: «Wenn ich den Vorschlag bringe, würdest du ihn dann unterstützen?» Nur so hatte man überhaupt eine Chance. Die Männer waren damals noch sehr patriarchalisch. Für Parteitreffen kaufte ich mir einen dunkelblauen, sehr konservativen Rock, um akzeptiert zu werden. Ich wusste, ich muss mich anpassen. Komisch war auch, dass sich die Frauen zu Beginn untereinander nicht duzten, die Männer aber schon. Als wir dann zunehmend an der Sektionspolitik teilnahmen,

änderte sich das rasch. Die Männer waren fast ein bisschen geehrt, dass die Frauen so trocken auf sie zukamen und sagten: «Ich bin die und die.» Die Sektion war aber ganz anders zusammengesetzt als heute: Es hatte viele Ältere und viele Arbeiter. Die pflegten natürlich einen anderen Umgang mit Frauen.

Ich weiss noch, wie ich mich an einem Abend meldete, weil ich an einem Parteitag in Biel mitmachen wollte, bei dem es um den straffreien Schwangerschaftsabbruch ging.⁸² Da hiess es: «Wer ist denn die?» Das kann man mit heute nicht mehr vergleichen. Nun hören die Männer zu, wenn eine Frau etwas sagt. Ich durfte dann aber doch gehen. Die Männer in Biel sagten zwar zuerst, die Abtreibungsfrage sei nicht wichtig, das werde nicht mehr diskutiert. Ein grosser Teil der Frauen verliess aber darauf aus Protest den Saal. Da machten sie einen Rückkommensantrag. Viele ältere Frauen meldeten sich, die am Rednerpult erklärten, sie hätten abgetrieben.»⁸³

In der Frauengruppe wurden laut einem Bericht politische Themen in Referaten behandelt, wobei auch Musik und Gesang gepflegt werden sollten. Später kamen Kochkurse und Besichtigungen hinzu. Käthe Klopfenstein erzählt: «Die Veranstaltungen waren sehr, sehr unpolitisch. Unsere Funktion lag vor allem im Sozialen. Ausserdem gab es noch die Roten Falken. Das war ein unbürgerliches Pendant zur Pfadi. Die Roten Falken organisierten einmal im Jahr einen so genannten Blüemli-Verkauf, das waren Abzeichen, die man feilbot. Das machten wir. Um die zehn Prozent des Ertrags aus dem Verkauf durften wir in die Frauenkasse einzahlen. Von den Männern kriegten wir auch Geld über Mitgliederbeiträge. Übrigens war 1979 Christiane Brunner Mitglied in unserer Sektion. Ich weiss noch, wie ich einmal mit ihr beisammensass und wir über die Situation von alleinstehenden Müttern sprachen. Sie ging aber später weg von Bern.

Dann kam ja eben das Frauenstimmrecht. Da änderte sich die Situation doch langsam. Die Frauengruppe existierte wohl noch – zu den monatlichen Versammlungen erschienen jeweils 20 bis 24 Frauen – doch kamen immer weniger. An den letzten Hauptversammlungen brachten wir noch vier bis fünf Leute zusammen. Nachher sagten wir uns, dass es keinen Sinn mehr macht, die Gruppe hatte sich überlebt. Am 30. November 1995 hielten wir die letzte Versammlung ab. Unser Kapital von 5000 bis 6000 Franken liegt jetzt bei der Sektion, aber es darf nur für Frauenanliegen verwendet werden.»⁸⁴

Ein ganz grosses Fest kann die Sektion 1979 feiern. Sie ist inzwischen hundert Jahre alt geworden. Die Jubiläumsfeier findet am 15. Juni im Militärgarten (ab 1985 unter dem Namen «Jardin») statt. Auch der Präsident der SP Schweiz, Helmut Hubacher, ist

dabei. Zudem gratuliert der Präsident der sozialdemokratischen Partei der Stadt Bern, Peter Vollmer, in einem Brief: «Wir sind stolz, dass mit Eurer Mitgliedschaft die grosse Tradition unserer Bewegung im Kampf für eine menschenwürdige Gesellschaft wach bleibt und unsere heutige Arbeit wirkungsvoll befruchtet.»⁸⁵ Am historischen Anlass wird eine Festschrift verteilt, in welcher der langjährige Präsident Fritz Giovanoli, der inzwischen verstorben ist, die Sektionsgeschichte aufgearbeitet hat.⁸⁶

Nebendem 100-jährigen Jubiläum sowie der Einführung des Frauenstimmrechts gibt die Atomenergie viel zu reden. Seit Mitte der 1970er-Jahre ist das Thema im Bewusstsein der Bevölkerung. Aus diesem Grund lädt die Sektion im Dezember 1978 den SP-Nationalrat Andreas Gerwig zu einem Vortrag über die Atomfrage ein. Anlass dazu sind die Atomschutzinitiative, das Referendum gegen das revidierte Atomgesetz sowie eine Einzelinitiative im Nationalrat für ein Moratorium beim Bau von Atomkraftwerken. In erster Linie die Fragen nach der Notwendigkeit und Verantwortbarkeit von Atomenergie bilden Diskussionspunkte.

Intern kommt es in dieser Phase, die oft als «Mäderismus» bezeichnet wird, da Franz Mäder von 1978 bis 1985 das Präsidium leitet, zu Richtungsdiskussionen. So wird an der Klausursitzung vom 20. März 1982 im Restaurant Beundenfeld, über die Probleme der Sektion diskutiert, die «vor allem auch Probleme der Gesamtpartei» seien.⁸⁷ Das Mitglied Franz Gasser sagt laut Protokoll: «Der Akademiker hat manchmal das «Gschpür» für die Arbeiter nicht. Gewisse Leute in der SP sympathisieren leider mit den linken Splitterparteien, die die Arbeiterschaft gespalten haben.»⁸⁸ Zudem ist der Vorstand anscheinend schon damals sehr jung. Egon Stirnemann wirft die Frage auf, weshalb die Älteren fast nicht im Vorstand vertreten seien. Auch Frauen mittleren Alters seien schwierig zu gewinnen. Folgende Massnahmen werden beschlossen: «Vorstand erweitern», «Evaluation von Themen, die alle Mitglieder interessieren».⁸⁹ Der Protokollführer Werner Schlaginhaufen bemerkt an der Monatsversammlung vom 7. März 1983 sarkastisch: «Zum x.-mal schweift die Diskussion ab in die alten Zeiten, als es noch Einzüger [= Eintreiber – M. K.] und Schlepper gab und alles besser war.»⁹⁰ Um dem chronischen Mitgliederschwund entgegenzutreten, stellt Schlaginhaufen an der Vorstandssitzung vom 22. März 1983 im Breitsch-Träff 19 Thesen vor, die der Integration von Neumitgliedern dienen sollen.⁹¹

Vor einem weiteren entscheidenden Punkt steht die Sozialdemokratische Partei im Jahr 1983. Nach dem Rücktritt ihres kurz nachher verstorbenen Bundesrates Willi Ritschard präsentiert die SP als ihre Kandidatin die Nationalrätin Lilian Uchtenhagen.

Sie fällt aber am 7. Dezember 1983 durch und an ihrer Stelle wird von der bürgerlichen Mehrheit der solothurnische Altnationalrat Otto Stich in den Bundesrat gewählt. Aus Protest spricht sich der SP-Parteivorstand für den Gang in die Opposition aus.⁹² An der Vorstandssitzung vom 19. Dezember 1983 im Breitsch-Träff ist dies das bestimmende Thema. Man beschliesst, die Mitgliederversammlung über Verbleib oder Austritt aus der Landesregierung abstimmen zu lassen. Mit 7:4 entscheidet der Vorstand, keine Empfehlung abzugeben.⁹³ Zur entscheidenden Mitgliederversammlung seien so viele Leute gekommen wie er es nie zuvor erlebt habe, sagt der ehemalige Präsident Markus Buri (1988–89). Mit einem knappen Resultat sei beschlossen worden, im Bundesrat zu bleiben, was vor allem an den vielen älteren Genossinnen und Genossen gelegen habe, die für die Versammlung mobilisiert worden seien.⁹⁴ Ernst Pulfer hält ein Referat gegen den Austritt. In seinen Ausführungen heisst es:

«Zusammenfassend stelle ich fest, dass ein Austritt aus dem Bundesrat unserer Partei und den Gewerkschaften viel mehr Nachteile als Vorteile bringen würde. Die SP würde vielleicht auf der einen Seite ein paar Wählerinnen und Wähler sowie an Profil gewinnen, auf der anderen Seite aber ganz sicher eine unwahrscheinlich tiefe Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung auslösen. Wir würden damit zur Bedeutungslosigkeit absinken. Was wir aber ganz sicher nicht wollen: Stellt Euch vor, wenn die bürgerliche rechte Seite wieder alleine im Bundesrat alles zu sagen und zu bestimmen hätte, ohne uns, dann hätten wir wohl bald wieder die Zustände wie am Anfang, als sich die Arbeiterschaft gegen eine Willkür von einer masslosen Ausbeutung zusammenschliessen musste. Das ist das, was ich befürchte. Wir bekennen uns zur Demokratie und in einer wahren Demokratie muss das ganze Volk – auch die Arbeiterbewegung – bereit sein, Verantwortung zu tragen. Ohne das geht es einfach nicht, wenn wir unsere Eidgenossenschaft vor dem Untergang bewahren wollen.»⁹⁵

Die Mitgliederversammlung erteilt den Delegierten ein gebundenes Mandat: Sie sollen sich am Sonderparteitag gegen den Rückzug aus dem Bundesrat aussprechen. Dieser votiert im Februar 1984 für den Verbleib der Sozialdemokraten in der Landesregierung.⁹⁶

Eine Epoche geht zu Ende: 1984-1991

Die Sektion entwickelt Mitte der 1980er-Jahre ein immer stärkeres Engagement in Verkehrsfragen. «Dieser Schwerpunkt hat sich angesichts des dauernd wachsenden Verkehrs, seiner Gefährlichkeit, seines Gestanks und Lärms von selbst ergeben», heisst es in der Mitgliederzeitung der SP der Stadt Bern, «SP Agenda».⁹⁷ Die Sektion erarbeitet ein eigenes Verkehrskonzept fürs Nordquartier, das von folgenden Leitgedanken ausgeht: Verkehrsberuhigung, Priorität dem öffentlichen Verkehr, Fussgängern und Velofahrern, Kanalisierung des Durchgangsverkehrs. Erfolge verbucht die Sektion vor allem mit Tempo-30-Zonen, mit Lichtsignal-Regelungen und mit der eigenen Busspur auf dem Nordring.

Die Sektion leidet aber zunehmend darunter, dass sie vor allem ältere Mitglieder zählt. Der Kassier und spätere Präsident Roland Fuhrer hält in einer Statistik über die Altersstruktur im Jahr 1982 fest, dass rund 46 Prozent der Mitglieder über 60 Jahre alt sind. Der Anteil der 50- bis 60-Jährigen beträgt demnach 14 Prozent, der 40- bis 50-Jährigen 13 Prozent, der 30- bis 40-Jährigen 16 Prozent und 20 bis 30 Jahre alt sind gerade knapp 11 Prozent. Im Jahresbericht des Präsidenten 1988 heisst es nochmals: «Unsere Sektion ist nicht überaltert, wir haben nicht zu viele Alte, sondern unterjüngert, wir haben zu wenig Junge.» Die grosse Lücke klappe bei der Altersklasse zwischen 40 und 60.⁹⁸

Einschneidende Erlebnisse für alle Sozialdemokraten sind der Fall der Berliner Mauer 1989 sowie der Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/1991. An der Monatsversammlung vom 8. Januar 1990 im Jardin hält das Sektionsmitglied Franz Meier ein Referat zum Thema «Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in der DDR». Er gibt einige Anregungen, was man in Osteuropa anders machen könnte und liefert auch Erklärungsansätze dafür, weshalb die DDR ökonomisch nicht funktioniert hat. Natürlich behandelt er auch die Frage, ob damit die Planwirtschaft als Utopie gescheitert sei.⁹⁹ Die Antwort darauf liefert Präsident Christoph Lerch (1990-92) im Tätigkeitsbericht 1991. Er betont, die Aufgabe der Zukunft für die Sozialdemokratie werde es sein, zu zeigen, dass der «realexistierende Sozialismus des Ostens» ein Versuch war, die Ideen des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen: «Ein zwar gescheiterter Versuch, aber sicher nicht der letzte und nicht der beste!»¹⁰⁰

Einiges zu reden gibt zudem der Fichenskandal, von dem auch die SP Bern-Nord betroffen ist. Sieben Fichen hat die Polizei über die Sektion angelegt. Dabei ging es um Bewilligungsformulare für eine Demo und etliche Standaktionen. So ist der

erste Eintrag die Bewilligung für eine Demonstration auf dem Schulhausplatz Breitfeld als Reaktion auf die sich häufenden Häuserabbrüche im Breitenrain. Weitere Fichen beziehen sich auf Artikel in der «Berner Tagwacht» und zu Hauptversammlungen der Sektion. Auch das erste Quartierfest an der Herzogstrasse, das am 6. September 1980 durchgeführt wurde, ist vermerkt. Das Fest war Bestandteil des Wahlkampfes für die Gemeindewahlen 1980 und wurde später zu einer Tradition im Nordquartier. In einer Pressemitteilung äussert sich die sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord empört, «nicht nur über das Beschnüffeln ihrer politischen Tätigkeit», sondern auch «über die fast vollständige Einsichtslosigkeit der heutigen verantwortlichen städtischen Behörden».¹⁰¹ Nach dem Skandal verlangt in Bern eine Serie von Vorstössen Auskunft und gipfelt in der Forderung nach Abschaffung der politischen Polizei in der Stadt. In der Stadtratsdebatte wird allgemein die Gesinnungsschnüffelei bedauert, bei den Folgerungen prallen die Positionen der Linken und der Bürgerlichen aber unversöhnlich aufeinander. Schliesslich lehnt der Rat die Abschaffung der politischen Polizei unter Namensaufruf mit 34 zu 31 Stimmen ab.¹⁰²

.....
Fiche der SP Bern-Nord

Personalfilen: Sozialdemokratische Partei Bern-Nord

Datum		
2.2.74	Bew. Demo-Durchführung gg Häuserabbruch im Nordquartier	7315/17
23.2.77	Zeit.Ber. Präsidenten-Wahl <u>Giovanoli</u> Rudolf 36,	7315/20
27.2.78	Zeitungsber. P.Vollmar Kandidat Präsidium SP Stadt Bern u.Aktive SP-Bern Nord	7315/25
10.11.80	Bew. Pol-Insp Strassenfest zu Wahlveranstaltung	7315/34
17.5.81	Bew. Informationsstand u. Unterschriftensammlung Mieterschutzinitiative	7315/36
19.10.83	Bew.Info-Stand-Leiter Meier Dieter	7315/44
23.6.84	Bew.Pol-Insp. für Info-Stand Verantw. Aerni Eva	7315/47

.....

Neuorientierung: 1992-2004

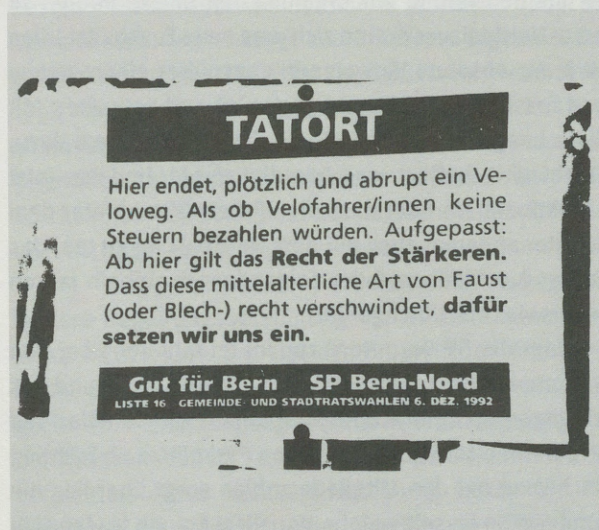
Einen der absoluten Glanzpunkte für die SP der Stadt Bern bedeuten die Wahlen 1992. Am 6. Dezember kommt es zur politischen Wende: Die Rot-Grün-Mitte-Parteien (RGM) erzielen in Gemeinderat- und Stadtparlament eine Mehrheit. Im Gemeinderat erringt RGM 4 von 7 Sitzen. Neu gewählt werden: Theres Giger (FDP), Kurt Wasserfallen (FDP), Therese Frösch (GB). Bestätigt werden: Josef Bossart (CVP), Klaus Baumgartner (SP), Alfred Neukomm (SP), Joy Matter (JBFL). Einen Erdrutschsieg verbuchen die Rot-Grün-Mitte-Parteien im Stadtrat mit 42 von 80 Sitzen: Die SP kommt auf 23 Sitze (20), das Grüne Bündnis (GB) auf 6 Sitze (4), die Evangelische Volkspartei (EVP) auf 3 Sitze (2) und die Junge Alternative (JA) auf 1 Sitz. Und die Frauen schneiden so gut ab wie nie zuvor. Erstmals in der Geschichte Berns sitzen drei Volksvertreterinnen in der Regierung. Im folgenden Jahr kommt es in einer Nachwahl mit dem Sieg einer vierten Frau zur Premiere einer Frauenmehrheit in einer Schweizer Stadtregierung. Schweizweit einmalig ist zudem der Frauenanteil im Parlament: 34 Frauen schaffen den Sprung in die Legislative, was einem Anteil von 42,5 Prozent entspricht. Die Wahlsieger führen ihren Erfolg nicht zuletzt auf das von langer Hand geplante Konzept zurück: SP, JBFL (Junges Bern Freie Liste), GB (Grünes Bündnis), GP (Grüne Partei), EVP, Ldu (Landesring der Unabhängigen), JA, Jusos (Jungsozialisten) und PdA (Partei der Arbeit) vereinigten



sich erstmals in einer grossen Koalition und zeigten sich geschlossen, während sich die bürgerliche Seite mehr und mehr zersplitterte. Dem Bürgerblock erwuchs Konkurrenz von rechts aussen (AP und Schweizer Demokraten) und die Regierungsparteien FDP, SVP und CVP zeigten sich in wichtigen Fragen wie in der Kandidatenkür und schliesslich auch über das künftige Präsidium uneins.¹⁰³

Belohnt werden auch die Bemühungen der Sektion Bern-Nord. Sie hat mit der «Tatort-Aktion» viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. An problematischen Stellen im Quartier wurden Tafeln mit Bemerkungen aufgestellt, was die Sektion hier verändern möchte. Drei Mitglieder werden in der Folge neu in den Stadtrat gewählt: Regula Mader, Irene Graf Lerch und Edith Madl Kubik. Damit steigt die Vertretung mit den Bisherigen (Leslie Lehmann, Res Hofmann und Tobias Kästli) auf sechs Sitze. Edith Madl Kubik übernimmt 1993 gleichzeitig das Präsidium der SP Bern-Nord.

Auf Anregung von Vorstandsmitglied Res Zysset wird in ihrem Amtsjahr die Rote Bar eingeführt.¹⁰⁴ Die ehemalige Präsidentin Edith Madl Kubik führt aus: «Die Rote Bar war gedacht als Stammtisch im Breitsch-Träff, der im Februar 1981 gegründet worden war. Informelle, regelmässige Partei-Zusammenkünfte sollten Interessierte anlocken. Die Leute sollten wissen, am Mittwochabend ab sechs Uhr steht eine Bar im Breitsch-Träff, da sind Leute aus der Sektion. Dadurch konnten die



◆◆ Die Gemeinderätin-
nen und Gemeinderäte der
Rot-Grün-Mitte-Liste: Alfred
Neukomm, Therese Frösch,
Joy Matter, Klaus Baumgartner
(von links). Bild aus: 92. Das
Jahr 1992 in Wort und Bild, hg.
von der Tageszeitung «Bund»,
S. 127.

◆◆ Beispiel für ein
Tatort-Plakat

Quartierbewohner mit Parteileuten, Regierungs- und Parlamentsmitgliedern reden. Das war eine gute Möglichkeit, um sich nach aussen zu öffnen. In den ersten drei Jahren klappte es gut. Irgendwann war das Kontaktangebot aber ausgereizt.»¹⁰⁵ Walter Kubik fügt im Zusammenhang mit dem Breitsch-Träff noch eine Anekdote an: «Fritz Pfeuti, der langjährige Präsident des Arbeiter- Sport- und Kulturkartells sowie langjähriges Vorstandsmitglied der SP Bern-Nord spielte in der Roten Bar regelmässig auf dem doch recht lädierten Klavier. Schliesslich kaufte die Sektion dem Breitsch-Träff mal ein revidiertes und gestimmtes Occasions-Klavier.»¹⁰⁶

Ein Dauerbrenner sind die Sportstadien im Wankdorf. Im Protokoll der Monatsversammlung vom 1. Juli 1991 im Restaurant Jardin heisst es, Res Hofmann habe über das «Stadratsgeflüster» berichtet. Am 8. August 1991 werde über die Sporthalle im Wankdorf abgestimmt.¹⁰⁷ Die SP-Fraktion ist in ihrer Haltung gespalten. Die SP Bern-Nord erteilt ihren Delegierten ein gebundenes Mandat: Sie sollen Nein stimmen angesichts «der Finanznöte der Stadt sowie der Umstände, dass vor allem die umliegenden Gemeinden und der Spitzensport vom Projekt profitieren, und dass durch die Tribünenplätze ein grosser Publikumsverkehr zu erwarten wäre».¹⁰⁸ In diesem Zusammenhang kommt Präsidentin Edith Madl Kubik die Idee, in Anlehnung an die «Frauenpalaver» der Stadtpartei «Nordpalaver» zu organisieren: «Die riefen wir ins Leben, um auch in andere Szenen und Bars reinzukommen als den Jardin. Wir organisierten offene Podien zu damals aktuellen Themen. Das erste Nordpalaver drehte sich ums neue Fussballstadion Wankdorf. Die SP Bern-Nord galt ja als absolute Verweigerin gegenüber einem neuen Stadion. Und damit als sport- und fussballfeindlich, und gegen YB und so weiter. Mit dem Nordpalaver wollten wir dieses Image aufweichen. Der Dialog führte zudem dazu, dass das damalige Projekt, das nicht wirtschaftlich war, beerdigt wurde. Und was jetzt im Bau ist, wird wahrscheinlich funktionieren. Aber dass die SP Bern-Nord hinter dem neuen Stadion stehen kann, hat unter anderem auch mit dem Nordpalaver zu tun, das 1993 im Restaurant Eintracht stattfand.»¹⁰⁹ Während den folgenden eineinhalb Jahren wird das Nordpalaver weitere drei bis vier Mal durchgeführt.

Einen grossen Erfolg erringt die SP Bern-Nord zudem im Jahr 1993 bei den Parkplätzen auf der gesamten (vorderen und hinteren) Grosse Allmend. Aufgrund des Druckes, den sie mit Einsprachen gegen Sporthalle und Fussballstadion Wankdorf auf den Gemeinderat ausüben konnte, werden sämtliche rund 2500 Parkplätze ab Frühling 2004 gebührenpflichtig. Für Aufschwung bei den Mitgliederzahlen sorgt überdies die Wahl von Ruth Dreifuss zur SP-Bundesrätin im selben Jahr. Vor allem Frauen lassen sich

von der Euphorie anstecken und so steigt der Mitgliederbestand der Sektion von 241 um 37 auf 278. Dies entspricht einer Zunahme von 15 Prozent.¹¹⁰

Sektionsintern gibt es Mitte der 1990er Jahre einige Änderungen: Das Prinzip der Sterbekasse hat sich inzwischen überholt. Die Kasse ist nun praktisch nicht mehr existent, in den kommenden Monaten wird der Eintrag im Handelsregister aufgelöst und gestrichen. Ein Jahr später wird auch die Frauengruppe definitiv eingestellt. Im Protokoll der Hauptversammlung der SP-Frauengruppe Bern-Nord vom 30. November 1995 im Breitsch-Träff heisst es dazu: «Die Frauengruppe wird stillgelegt, jedoch nicht aufgelöst. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt wieder Bedarf nach einer Frauengruppe bestehen, kann diese aktiviert werden.»¹¹¹

Beim Wahlkampf 1996 zeigt sich die SP Bern-Nord erneut kreativ. Sie entwickelt gemeinsam mit dem Künstler Max Spring ein Puzzle. Das 1,5 mal 1,5 Meter grosse Holzspiel greift umstrittene Standorte aus dem Quartier auf, anhand derer die Sektion ihre Politik veranschaulicht. Die einzelnen Puzzleteile zeigen die Veränderungsvorschläge, das Gesamtbild präsentiert die Vision eines Nordquartiers, das von Menschen belebt wird.¹¹² Das Puzzle findet grossen Anklang – auch bei den Medien. Nochmals einen Erfolg erzielt die Sektion bei den nationalen Parlamentswahlen 1998. Im Kanton legt die SP um 2,2 Prozent zu, in der Stadt Bern 4,5 Prozent. Mit dem besten Resultat aller Kandidatinnen schneidet dabei Sektionsmitglied Ursula Wyss ab. Michael Kaufmann erlangt das drittbeste Ergebnis. Grund zur Freude sind zudem der erste beziehungsweise dritte Ersatzplatz von Res Hofmann und Gaby Allheilig. Ebenfalls 1998 bringt die SP Bern-Nord am ausserordentlichen kantonalen Parteitag vom 17. Januar einen Antrag zur «Erneuerung der Kantonalbank» unter Beibehaltung der Staatsgarantie gegen den Antrag des Parteivorstandes durch. Dieser forderte eine Beschränkung oder schrittweise Aufhebung der Staatsgarantie. Der Kommentar im Tätigkeitsbericht lautet: «Ein wichtiger Erfolg gegen die überhandnehmende Privatisierung.»¹¹³

1999 diskutiert die Sektion auf Antrag von Michael Kaufmann über eine weitere Regierungsbeteiligung der SP im Kanton Bern. Auslöser dafür ist, dass die Linke im Grossen Rat bei der bürgerlichen Mehrheit für ihre Anliegen kein Gehör findet und regelmässig unterliegt. Aus diesem Grund müssen die SP-Regierungsräte gegen ihre Überzeugung Mehrheitsentscheide der Regierung mittragen.¹¹⁴ Doch wie der Tätigkeitsbericht festhält, lehnt die Sektion den Antrag mehrheitlich ab: «Es wird befürchtet, diese Auseinandersetzung würde die Partei schwächen.»¹¹⁵ Im selben Jahr feiert die Sektion zudem eine Premiere: Sie ist nun auch im Internet präsent.¹¹⁶

Rechtzeitig zur 125-Jahr-Feier kann die SP-Bern-Nord ausserdem am 1. Januar 2004 einen Rekord verzeichnen: Sie ist mit 268 Mitgliedern nun die grösste Stadtsektion.¹⁷ Ebenfalls Grund zur Freude gibt der Parteitag der SP Schweiz vom 6. März 2004 in Basel: Sektionsmitglied Ursula Wyss wird zur Vizepräsidentin der SP Schweiz gewählt.

DIE PRÄSIDENTEN DER SP BERN-NORD

Jahr	PräsidentIn
ab 1882	J. Cuttat
Ab 1883	Joseph Ruedi
Ab 1897	Fritz Hostettler
Ab 1898	Friedrich Nobs
Ab 1903	Hans Gyger
Ab 1904	H. Osterwalder
Ab 1905	Joh. Sägesser
Ab 1907	Eugen Münch
Ab 1913	Fritz Mader (im gleichen Jahr aber Austritt wegen Wegzug aus Bern)
Mitte 1913	Eugen Münch
Ab 1917	Hans Gyger
Ab 1923	Fritz Minnig
Ab 1937	Fritz Giovanoli
Ab 1954	Erwin Schneider
Ab 1964	Max Schmid
Ab 1968	Walter Kobi
Ab 1973	Werner Rupf
Ab 1974	Jürg Hug
Ab 1976	Ruedi Giovanoli
Ab 1976	Franz Mäder
Ab 1985	Marianne Jacobi
Ab 1986	Roland Fuhrer
Ab 1988	Markus Buri
Ab 1990	Christoph Lerch
Ab 1993	Edith Madl Kubik
Ab 1994	Hansueli Mesmer
Ab 1997	Co-Präsidium Monika Wolgemuth, Michael Aebersold
Ab 2001	Stefan Jordi
Ab 2003	Co-Präsidium Claudia Kuster, Thomas Frey

Die Mitgliederzahlen der SP Bern-Nord

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1887	38	1970	431
1888	29	1971	402
1896	49	1972	380
1898	105	Fusion mit Quartierverein Lorraine-Breitenrain-Wyler	
1901	172	1973	366
1907	209	1974	357
1910	219	1975	341
1914	325	1976	326
		Seit 1912 werden neu Frauen aufgenommen	
1915	331	1977	321
1918	393	1978	326
1919	422	1986	234
1920	532	1990	217
1923	589	1991	226
1924	541	1992	241
		Streichungen zur Säuberung von «dubiosen Elementen»	
1926	503	1993	278
1932	613	1994	285
1939	580	1995	290
1947	700	1996	290
1950	741	1997	285
1954	730	1998	280
		1999	270
		Zehn Ausschlüsse wegen Nichtbezahlen der Beiträge	
1957	651	2000	275
1960	630	2001	279
1964	541	2002	267
1967	452	2003	268
1969	445	2004	288

Anmerkungen

- 1 Vgl. Emil Erne, Stadtpolitik zwischen Patriziat und Frauenmehrheit, in: Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 122.
- 2 Vgl. Fritz Minnig, Jubiläum der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier 1879 bis 1929.
- 3 Fritz Minnig, Jubiläum der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier 1879–1929.
- 4 Fritz Minnig, Jubiläum der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier 1879 bis 1929.
- 5 Fritz Minnig, Jubiläum der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier 1879–1929.
- 6 Vgl. Fritz Minnig, Jubiläum der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier 1879 bis 1929.
- 7 Vgl. Fritz Giovanoli, Festschrift 1879–1979. 100 Jahre sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord.
- 8 Das Café Wyleregg lag an der Wylereggstrasse 45.
- 9 Das Café zur Eintracht befindet sich noch heute an der Flurstrasse 24.
- 10 Die Standorte der beiden ehemaligen Cafés Badertscher und Salvisberg konnten nicht ermittelt werden.
- 11 Protokoll der ordentlichen Versammlung vom 4. März 1901.
- 12 Fritz Minnig, Jubiläum der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier 1879–1929.
- 13 Roland Ruffieux, Die Schweiz des Freisinns (1848–1914), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, S. 683.
- 14 Vgl. Emil Erne, Stadtpolitik zwischen Patriziat und Frauenmehrheit, in: Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 123.
- 15 Die Konservativen in der Stadt Bern zerfallen in drei Gruppierungen: Die mehrheitlich patrizischen Stadtkonservativen scharen sich um den Stadtpräsidenten Otto von Büren (1822–1888). Der spätere einflussreiche Chefredaktor des «Berner Tagblatts», Johann Gottlieb Beck (1852–1937), präsidiert den pietistisch-orthodoxen Christlich-sozialen Verein. Dieser wird 1882 zur stadtbernischen Sektion der ländlichen Bernischen Volkspartei vom Journalisten Ulrich Dürrenmatt (1849–1908). Und schliesslich bildet sich 1882 auch der liberal-konservative Verein der Unabhängigen um Regierungsrat Edmund von Steiger (1836–1908), der jeden politischen Extremismus ablehnt. 1888 schliessen sich diese Gruppen zum Verein der Vereinigten Konservativen zusammen. Doch unter den drei gegensätzlichen Exponenten lässt sich keine Parteidisziplin herstellen. (Vgl. Emil Erne, Stadtpolitik zwischen Patriziat und Frauenmehrheit, in: Bern – Die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 119.)
- 16 Vgl. Emil Erne, Stadtpolitik zwischen Patriziat und Frauenmehrheit, in: Bern – Die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 128.
- 17 Vgl. Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord ist 100 Jahre jung, in: Berner Tagwacht, 18. Juni 1979, S. 1.
- 18 Dieses Verfahren, das als «Berner Proporz» bezeichnet wird, weist die nach der ersten Verteilung übrig bleibenden Sitze eher kleineren Parteien zu. Es wird 1979 durch den beim Nationalrat üblichen Proporz ersetzt, der die grossen Parteien bevorzugt. Botschaften GA, 20.5.1979, 27–34.
- 19 Emil Erne, Stadtpolitik zwischen Patriziat und Frauenmehrheit, in: Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 127f.
- 20 Emil Erne, Stadtpolitik zwischen Patriziat und Frauenmehrheit, in: Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 129.
- 21 Vgl. Fritz Minnig, Jubiläum der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier 1879–1929.
- 22 Das Café Hofmann existiert heute nicht mehr.
- 23 Protokoll der Vereinsversammlung vom 14. Oktober 1912 im Restaurant Eintracht.
- 24 Protokoll der Ordentlichen Monatsversammlung vom 22. Sept. 1913 im Restaurant Hofmann.

- 25 Vgl. Protokoll der Versammlung vom 10. Juni 1918 im Restaurant Hofmann.
- 26 Protokoll der Hauptversammlung vom 12. Januar 1913 im Restaurant Hofmann.
- 27 Protokoll der ausserordentlichen Vereinssitzung vom 9. Mai 1913 im Restaurant Hofmann.
- 28 Protokoll der Vereinsversammlung vom 4. Juli 1913 im Restaurant Hofmann.
- 29 Protokoll der Vereinssitzung vom 13. Dezember 1913 im Vereinslokal.
- 30 Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord ist 100 Jahre jung, in: Berner Tagwacht, 18. Juni 1979, S. 1.
- 31 Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord ist 100 Jahre jung, in: Berner Tagwacht, 18. Juni 1979, S. 1.
- 32 Protokoll der Versammlung vom 7. Oktober 1918 im Militärgarten.
- 33 Protokoll der Versammlung vom 7. Oktober 1918 im Militärgarten.
- 34 Protokoll der ausserordentlichen Versammlung vom 14. Oktober 1918.
- 35 Hans Ulrich Jost, Bedrohung und Enge (1914-1945), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, S. 768.
- 36 Vgl. Hans Ulrich Jost, Bedrohung und Enge, in: Die Geschichte der Schweiz und der Schweizer, 768.
- 37 Protokoll der Versammlung vom 4. Dezember 1918 im Restaurant Hofmann.
- 38 Protokoll der Versammlung vom 4. Dezember 1918 im Restaurant Hofmann.
- 39 Vgl. Protokoll der ausserordentlichen Versammlung vom 31. Januar 1919 im Restaurant Hofmann.
- 40 Protokoll der Versammlung vom 16. April 1919 im Militärgarten.
- 41 Vgl. Protokoll der Versammlung vom 15. Mai 1919 im Restaurant Hofmann.
- 42 Protokoll der Hauptversammlung vom 25. Januar 1925 im Militärgarten.
- 43 Fritz Minnig, Einladung zur 50-Jahr-Feier am 25. August 1929.
- 44 Jahresbericht 1930 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier.
- 45 Jahresbericht 1930 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier.
- 46 Giovanni Bassanesi hat im Juni 1930 einen legendären antifaschistischen Propagandaflug über Mailand vollführt. Der Flug wurde von Alberto Tarchiani und Carlo Rosselli organisiert, zwei führenden Köpfen der «Giustizia e Libertà», einer antifaschistischen Gruppe, die 1929 in Frankreich gegründet worden war. Die Landesverweisung von Bassanesi, Tarchiani und Rosselli, die der Bundesrat nach einem Prozess gegen diese angeordnet hatte, führte im Nationalrat zu einer Debatte. Der Antrag des Sozialisten Robert Grimm, die Verweisung aufzuheben, fand aber keine Mehrheit.
- 47 Jahresbericht 1930 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier.
- 48 Jahresbericht 1930 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier.
- 49 Jahresbericht 1934 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier.
- 50 Vgl. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 128f.
- 51 Emmy Moor, Fritz Giovanolis Kämpferleben, in: Rote Revue. Sozialistische Monatsschrift. September 1964, 43. Jhrg., Heft 9, S. 235.
- 52 Jahresbericht 1934 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier. Wallisch und Weissel gehören zu den acht Personen, an denen die standgerichtlichen Todesurteile vollstreckt wurden.
- 53 Alfred Huber, Staatskunde-Lexikon, S. 283.
- 54 Jahresbericht 1934 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier.
- 55 Vgl. Jahresbericht 1935 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord.
- 56 Jahresbericht 1934 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier. Der Bericht spielt damit wohl auf die Parlamentsmehrheit der linken «Front Populaire» in Frankreich an.
- 57 Jahresbericht 1934 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nordquartier. Auf welche konkrete Aktion gegen den Faschismus in Frankreich der Vorstand hier anspielen könnte, ist nicht klar.
- 58 Gespräch mit Ernst Pulfer vom 6. April 2004.

- 59 Jahresbericht 1954 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord.
- 60 Gespräch mit Ernst Pulfer vom 6. April 2004.
- 61 Jahresbericht 1967 der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord.
- 62 Gespräch mit Ernst Pulfer vom 6. April 2004.
- 63 Fritz Giovanoli, Im Schatten des Finanzkapitals, hg. v. der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Jean Christophe Verlag: Zürich 1938 (= Kultur und Arbeit. Schriften zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik.)
- 64 Die Sterbekasse wird 1994 aufgelöst. Siehe dazu Seite 25.
- 65 Gespräch mit Ernst Pulfer vom 6. April 2004.
- 66 Vgl. Brief des Untersuchungsrichteramtes Bern an Erwin Schneider, Sekretär der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, vom 4. August 1955.
- 67 Gespräch mit Ernst Pulfer vom 6. April 2004.
- 68 «Bettelbrief» vom 2. September 1963 an die Sektionsmitglieder von Erwin Schneider, Präsident der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord.
- 69 Brief von M.O. Schmid von der W. Siegrist Fahnenstickerei Langenthal an die sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord vom 7. September 1964.
- 70 Gespräch mit Ernst Pulfer vom 6. April 2004. Die Söhne von Fritz Balz können sich an einen solchen Zwischenfall allerdings nicht erinnern.
- 71 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1954.
- 72 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1967. Die Jahresberichte nehmen zu dieser Zeit oft Themen auf, die erst im laufenden Jahr aktuell werden.
- 73 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1967.
- 74 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1967.
- 75 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1967.
- 76 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1968.
- 77 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1968.
- 78 Gespräch mit Ernst Pulfer vom 6. April 2004.
- 79 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1971.
- 80 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1971.
- 81 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1971.
- 82 Die Schweizerinnen und Schweizer stimmen am 25. September 1977 über die Fristenlösungsinitiative ab. Diese fordert Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs, wenn die Abtreibung durch einen Arzt und mit Zustimmung der schwangeren Frau innert zwölf Wochen nach Beginn der letzten Periode erfolgt. Mit 51,7 Prozent Nein-Stimmen wird die Initiative verworfen. Ein Jahr später entscheidet das Volk erneut über die Abtreibung. Dieses Mal handelt es sich um den Gegenvorschlag zur Fristenlösungsinitiative. Er bewilligt den straf-freien Abbruch, falls die Frau in eine schwere, nicht abwendbare soziale Notlage geraten würde. Doch auch der Gegenvorschlag wird am 28. Mai 1978 mit 69 Prozent der Stimmen bachab geschickt. Vgl. Elisabeth Joris/Heidi Witzig (Hg.), Frauengeschichte(n). Dokumente zur Situation der Frauen in der Schweiz, Zürich 1986, S. 326f.
- 83 Gespräch mit Käthe Klopfenstein vom 21. April 2004.
- 84 Gespräch mit Käthe Klopfenstein vom 21. April 2004.
- 85 Brief von Peter Vollmer, Präsident der sozialdemokratischen Partei der Stadt Bern, an die sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord vom 15. Juni 1979.
- 86 Vgl. Fritz Giovanoli, Festschrift 1879–1979. 100 Jahre sozialdemokratische Mitgliedschaft Bern-Nord.
- 87 Protokoll der Klausursitzung vom 20. März 1982 im Restaurant Beundenfeld.
- 88 Protokoll der Klausursitzung vom 20. März 1982 im Restaurant Beundenfeld. Gemeint sind etwa die Partei der Arbeit, die POCH, die Demokratische Alternative sowie die Grünen.
- 89 Protokoll der Klausursitzung vom 20. März 1982 im Restaurant Beundenfeld.

90 Protokoll der Monatsversammlung vom 7. März 1983.

91 Protokoll der Vorstandssitzung vom 22. März 1983 im Breitsch-Träff. Die besagten Thesen sind allerdings nicht mehr vorhanden.

92 Vgl. Urs Altermatt, Das lange Warten auf einen Sitz im Bundesrat, in: Neue Zürcher Zeitung vom 9. November 1999.

93 Protokoll der Vorstandssitzung vom 19. Dezember 1983 im Breitsch-Träff.

94 Gespräch mit Markus Buri vom 12. Juli 2004.

95 Rede von Ernst Pulfer «für das Verbleiben unserer SP im Bundesrat». Die schriftliche Fassung der Rede ist leider nicht datiert.

96 Vgl. Urs Altermatt, Das lange Warten auf einen Sitz im Bundesrat, in: Neue Zürcher Zeitung vom 9. November 1999.

97 Die SP Bern-Nord, in: SP Agenda, April 1986.

98 Jahresbericht der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord 1988.

99 Rede von Franz Meier zum Thema «Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in der DDR» an der Monatsversammlung vom 8. Januar 1990 im Jardin.

100 Tätigkeitsbericht SP Bern-Nord 1991.

101 Pressemitteilung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bern-Nord vom 27. August 1990.

102 Vgl. Emil Erne, Stadtpolitik zwischen Patriziat und Frauenmehrheit, in: Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, S. 161

103 Vgl. 92. Das Jahr 1992 in Wort und Bild, hg. von der Tageszeitung «Bund», S. 125.

104 Auch die Vorstandsklausuren in Aeschi beginnen. Walter (Iwan) Kubik, der Mitte der 80er-Jahre in die SP Bern-Nord eintrat, wenig später in den Vorstand gewählt wurde und bis 2000 in seinem Amt blieb, erklärt: «Das waren keine politischen, aber Höhepunkte der Integration.» Gespräch mit Walter Kubik vom 7. April 2004.

105 Gespräch mit Edith Madl Kubik vom 7. April 2004.

106 Gespräch mit Walter Kubik vom 7. April 2004

107 Protokoll der Monatsversammlung vom 1. Juli 1991 im Jardin.

108 Protokoll der Monatsversammlung vom 1. Juli 1991 im Jardin.

109 Gespräch mit Edith Madl Kubik vom 7. April 2004.

110 Tätigkeitsbericht der SP Bern-Nord 1993.

111 Einladung zur Hauptversammlung der SP-Frauengruppe Bern-Nord vom 10. November 1995 von Käthe Klopfenstein.

112 Tätigkeitsbericht der SP Bern-Nord 1996.

113 Tätigkeitsbericht der SP Bern-Nord 1998.

114 Tätigkeitsbericht der SP Bern-Nord 1999.

115 Tätigkeitsbericht der SP Bern-Nord 1999.

116 Tätigkeitsbericht der SP Bern-Nord 1999.

117 Information vom Sekretariat der SP Stadt Bern.

Impressum

Herausgeber

SP Bern-Nord
Postfach
3000 Bern 25

Autorin

Mirjam Künzler

Redaktion

Thomas Zimmermann

Grafik

Kurt Bläuer

Druckerei

Bubenberg Druck und Verlags AG

Auflage

600



